



Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 5. Februar 2016

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 01 / 2016

Mein mitbringer!

Der Zuzug von Flüchtlingen in unser Land und in die EU stellt uns vor große Aufgaben.

Die Bundesregierung hat nun das Asylpaket II geschnürt, das die Regelungen für Flüchtlinge in mehreren Bereichen verschärft. Ich habe dazu als Anhang zu dieser Newsletter-Ausgabe eine Sonderbeilage beigefügt, in der eine Übersicht zu den einzelnen in diesem Paket erzielten Punkten aufgelistet wird.

Unter anderem habe ich die Flüchtlingsunterkunft der AWO in Emden besucht und mich von der wirklich guten und wichtigen Arbeit für die Menschen dort überzeugt. Bund und Länder arbeiten derzeit gemeinsam ein Konzept zur Integration von Flüchtlingen aus. Eckpunkte dazu soll es bereits in wenigen Wochen geben. Über das Asylpaket II und über viele andere Themen und Termine im Wahlkreis und Berlin berichte ich in dieser aktuellen Ausgabe. U. a. über das Treffen unseren Werder-Fanclubs mit dem Werder-Präsidenten.

Euer



Red Hand Day – Keine Waffen in Kinderhände

Im Rahmen des „Red Hand Days“ habe ich mich gegen den Einsatz von Kindersoldaten engagiert.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind weltweit noch immer etwa 250.000 Kindersoldaten im Einsatz. Um auf diese schreckliche Situation aufmerksam zu machen, bin ich der Einladung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages gefolgt und habe eine Hand mit roter Fingerfarbe gefärbt und einen Abdruck auf Papier hinterlassen. Die Handabdrücke werden der UNO am 12. Februar, dem internationalen Gedenktag für das Schicksal von Kindersoldaten, als Zeichen der Solidarität gesammelt übergeben.

Jeder einzelne Handabdruck ist eine Aufforderung an die Vereinten Nationen, das Verbot der Rekrutierung von Minderjährigen in bewaffneten Konflikten durchzusetzen und dieser menschenverachtenden Praxis ein Ende zu bereiten.



Maritime Themen im Mittelpunkt

Küstengang im Gespräch mit Ländervertretern und dem Maritimen Koordinator

In der vergangenen Sitzungswoche standen gleich zwei Termine der SPD-Küstengang auf der Agenda.

Als Lotsen der Küstengang haben meine Kollegin Birgit Malecha-Nissen und ich zunächst die maritimen Staatssekretäre und -sekretärinnen der norddeutschen Länder getroffen und gemeinsam über wichtige maritime Themen wie den Ausbau der Windenergie an Land und auf See oder das nationale Hafenkonzept gesprochen. Ein zentrales Anliegen war es uns dabei für eine stärkere Vernetzung zwischen Länder- und Bundesebene zu sorgen und gemeinsam die Interessen des Nordens zu vertreten. Die norddeutschen Ministerpräsidenten haben zum EEG den Wismarer Appell verabschiedet und sich damit für einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren ausgesprochen. Wir sehen die Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums, die eine Verlangsamung des Ausbaus der Erneuerbaren vorsieht, ebenfalls kritisch. Allerdings sehen wir auch, dass der Netzausbau den Erneuerbaren hinterhinkt. Die Windkraft sorgt aber gerade in Norddeutschland für viel Wertschöpfung. Deshalb werden wir uns für sie einsetzen. Wir haben vereinbart, uns regelmäßig auf dem Laufenden zu halten und uns 3 bis 4 Mal pro Jahr zu treffen.



Staatsrätin Ulrike Hiller (Bremen), Birgit Malecha-Nissen und Johann Saathoff, beide MdB, Rosemarie Schönegg-Vornehm (Schleswig-Holstein), Staatsrat Dr. Rolf Böisinger (Hamburg), sowie Staatssekretärin Daniela Behrens (Niedersachsen) (v.l.)



Birgit Malecha-Nissen, Johann Saathoff und der Parl. Staatssekretär Uwe Beckmeyer vor dem Bremer Stadtwappen

Das zweite Treffen fand mit dem Maritimen Koordinator der Bundesregierung, Uwe Beckmeyer, statt. Mit ihm haben wir über den Entwicklungsprozess der Maritimen Agenda 2025 der Bundesregierung gesprochen. Die Eckpunkte dieser sogenannten Maritimen Strategie wurden bereits im vergangenen Oktober auf der Neunten Nationalen Maritimen Konferenz in Bremerhaven vorgestellt. Die Maritime Strategie bündelt die Ergebnisse der Maritimen Konferenz und der vorgelagerten Branchenforen. Es sollen langfristige sowie konkrete Ziele und Maßnahmen präsentiert werden und somit die Weichen für die Zukunft der maritimen Branche gestellt werden.

Die Strategie soll in der ersten Jahreshälfte 2016 vom Bundeskabinett beschlossen werden. In der Küstengang haben wir Uwe Beckmeyer unsere Unterstützung bei der Ausarbeitung der Maritimen Strategie zugesagt. Zentrale Themen sind dabei für mich unter anderem der weitere Ausbau der Windkraft, der Ausbau der Hafeninfrastruktur und die Schaffung guter Bedingungen im Bereich Beschäftigung und Ausbildung.

Wertschöpfung und Arbeitsplätze für die Region

GE-Veranstaltung zum Thema Windkraftausschreibungen

Der Windkraftanlagenhersteller GE hat in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin einen Parlamentarischen Abend zum Thema Windkraftausschreibungen veranstaltet. Ich wurde eingeladen, zusammen mit dem Niedersächsischen Umwelt- und Energieminister Stefan Wenzel als Podiumsgast teilzunehmen.

Minister Wenzel und ich beurteilten die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegten Eckpunkte für Ausschreibungen bei Windenergieanlagen an Land und auf See kritisch.

Ich habe deutlich gemacht, dass die Umsetzung der Eckpunkte gerade für die für Ostfriesland so wichtige Windenergie an Land tiefe Einschnitte bedeuten würde, denn diese soll beim Ausbau der Erneuerbaren zukünftig nur noch die Rolle eines Lückenfüllers einnehmen.

Zusammen mit dem Minister habe ich dafür plädiert, von den möglichen Ausnahmeregelungen Gebrauch zu machen, so wie es die EU-Beihilfeleitlinien ermöglichen.



Der Niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Bü90/Grüne), Johann Saathoff, MdB (SPD) und Klaus Meier (WPD) (v.l.)

Mein Fazit: Die Windenergie bedeutet für die Region Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wir werden uns in den anstehenden Verhandlungen weiterhin für die Windenergie einsetzen.

Energiediskussion mit der AmCham

Strompreis ist ein wichtiger Faktor für die internationale Konkurrenzfähigkeit

Regelmäßig treffen sich die Mitglieder der AmCham, eines deutsch-amerikanischen Netzwerks von Handelskammern, mit Politikern. Vergangene Woche war ich zum Thema Energiepolitik eingeladen.

Für die Unternehmen ist vor allem der Strompreis von großer Bedeutung, denn sie konkurrieren weltweit mit Unternehmen, die Strom deutlich günstiger beziehen

können. Weitere Themen waren aber auch Fracking, die Digitalisierung der Energiewende oder der europäische Handel mit CO₂-Zertifikaten. Es war ein erfrischender Termin, bei dem mir nochmal klar wurde, auf welcher Gratwanderung wir uns gerade befinden.

Es gab aber niemanden, der die Energiewende in Frage gestellt hat.



Internationale Grüne Woche in Berlin

Vom 15. bis 24. Januar fand in Berlin zum 81. Mal die Internationale Grüne Woche statt.

Die Grüne Woche ist die international wichtigste Messe für die Themen Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau. Die Messe bietet den Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte die Möglichkeit, sich zu präsentieren.

Als Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Land-

wirtschaft ist die Grüne Woche für mich selbstverständlich immer ein gern gesehener Pflichttermin, der Gelegenheit für einen fachlichen Austausch in entspannter Atmosphäre bietet. Am Auftaktabend der diesjährigen Grünen Woche traf ich unter anderem Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis Landwirtschaft der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion.



Niedersächsisches Zusammentreffen auf der Eröffnungsfeier (v.l.):
Ulf Prange (MdL), Karl-Heinz Hausmann (MdL), Jens Crueger, Sprecher für Umwelt & Landwirtschaft der Bremer Bürgerschaftsfraktion, Johann Saathoff (MdB), Wiard Siebels (MdL), Carina Wischhöfer (Agrar-Referentin der SPD-Landtagsfraktion)

Strommarktgesetz und Konzessionsvergabe

Zwei Plenarreden rund um das Thema Energie

Zweimal durfte ich in der vergangenen Sitzungswoche wieder im Plenum sprechen, einmal in der ersten Lesung zum Strommarktgesetz sowie einmal zur Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen.

Mit dem Strommarktgesetz wollen wir einen weiteren wichtigen Schritt im Rahmen der Energiewende machen. Wir wollen auch in Zukunft das hohe Maß an Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten, diese soll aber auch zukünftig im Markt und nicht in einem zweiten Markt außerhalb des regulären Strommarktes agieren. Das Bundeswirtschaftsministerium hat dazu seinen Vorschlag auf den Tisch gelegt und wir werden diesen im parlamentarischen Verfahren nun ausführlich beleuchten.

In meiner zweiten Rede zum Thema Konzessionsvergabe habe ich klargemacht, dass wir bestimmte Klarstellungen im Energiewirtschaftsgesetz vornehmen wollen. Es gibt momentan viele Rechtsstreitigkeiten, wenn Kommunen ihre Strom- und Gasnetze nach 20 Jahren neu ausschreiben.

Der Altkonzessionär hat sowohl vor als auch nach der Ausschreibung viele Möglichkeiten, das Verfahren und den Übergang des Netzes zu behindern. Gleichzeitig konnte er auch noch ein Jahr nach dem Ende seines Konzessionsvertrages die Zahlung der Konzessionsabgabe einstellen. Mit den Änderungen des Gesetzentwurfes werden die meisten Streitpunkte ausgeräumt. Allerdings fehlt meiner Ansicht nach eine Leitlinie für die Kommunen, wie sie die verschiedenen Kriterien in der Ausschreibung gewichten können.

Auch in Ostfriesland haben wir mit der Ausschreibung der Konzessionen unsere Erfahrungen gemacht. Ich verstehe es deshalb als Politik für die Kommunen, dass wir ihre Interessen bei der Konzessionsvergabe schützen wollen.



Meine Reden im Deutschen Bundestag können sämtlich auf meiner Homepage angeschaut und nachgelesen werden unter:

www.johann-saathoff.de/bundestag/reden

Tass Tee mit MdB...



... und dem Oberbürgermeister der Stadt Emden, Bernd Bornemann. Gesprochen haben wir unter anderem über die Städtebauförderung in Port Arthur/Transvaal, energetische Gebäudesanierung und das nationale Hafenkonzzept.

Yannik Flier fährt für ein Jahr in die USA Johann Saathoff übernimmt Patenschaft

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, für ein Jahr in den USA zu leben, Land und Leute kennenzulernen und in Amerika zur Schule zu gehen.

Der 16-jährige Yannik Flier aus Ihlow wird im Sommer 2016 seinen Wohnsitz für ein Jahr in die USA verlegen. Yannik Flier wurde nach einer Reihe von Vorstellungsgesprächen von mir ausgewählt. Ich freue mich sehr, dass ich jungen Menschen die Möglichkeit bieten kann, ein Jahr im Ausland zu Leben und dort Erfahrungen zu sammeln. Auslandserfahrung ist für junge Menschen auf ihrem weiteren Lebens- und

Berufsweg eine tolle Sache.

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages und des amerikanischen Kongresses gibt es seit 1983 und bisher konnten weit über 20.000 jungen Menschen gefördert werden.

In welchen Bundesstaat der Schüler der Hermann-Tempel-Gesamtschule kommt, steht noch nicht fest.

Das wird ihm einige Wochen vor der Abreise im Sommer mitgeteilt. „Ich freue mich sehr, dass Herr Saathoff mich ausgewählt hat und auf den Aufenthalt in den USA“, freute sich Yannik Flier



Lebt bald für ein Jahr in den USA: Yannik Flier aus Ihlow (l.), zusammen mit Johann Saathoff.

Lob für die AWO

Zu Gast in Emden Flüchtlingsunterkunft

Viele Anrufe, Briefe und Emails erreichen mich in diesen Tagen. Die Bürgerinnen und Bürger treibt die Sorge über die Situation mit den Flüchtlingen um. Um mir ein Bild vor Ort zu machen, habe ich das Flüchtlingsheim der AWO in Emden besucht. Durch die Einrichtung wurde ich von Florian Eiben (Geschäftsführer AWO Sozialstation), Friedhelm Merkentrup (stellv. AWO Bezirksvorsitzender) sowie vom Einrichtungsleiter Patrick Stomberg geführt.

Die AWO sowie auch die anderen Wohlfahrtsverbände bemühen sich mit ihren Einrichtungen aktiv um Lösungen für die Unterbringung der Flüchtlinge. Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland sind strukturell gut aufgestellt und sehr gut in der Lage, Einrichtungen dieser Art zu führen. Besonders ist mir

die familiäre Atmosphäre in der Einrichtung aufgefallen. Ein großes Lob muss ich in diesem Zusammenhang auch den vielen ehrenamtlich aktiven Menschen aussprechen, die zum Teil bis an den Rand der Erschöpfung aktiv sind und bei vielen kleinen wie großen Dingen mithelfen. Dafür kann man den Menschen gar nicht genug danken!

Im Anschluss an den Besuch gab es noch eine Diskussion zur aktuellen Lage. Natürlich gibt es immer wieder Probleme, sagte Florian Eiben. Aber man sei immer bemüht, Lösungen zu finden.

Egal, ob die Probleme in der Einrichtung selber auftauchen oder ob es sich um die Sorgen und Nöte der Anwohner handelt. Die AWO steht immer für Gespräche zur Verfügung, so Eiben weiter. Am wichtigsten ist derzeit natürlich, dass das Land dem Antrag der Stadt Emden zustimmt, die frühere Barenburgschule zunächst für ein Jahr als offizielle Erstaufnahmeeinrichtung für gerade angekommene Flüchtlinge weiter zu führen. Damit hätte die AWO bessere Planungssicherheit, so Merkentrup und Eiben von der AWO.

„Die Menschen sind hier. Und jetzt muss man diese Realität anerkennen und als Gesellschaft daran arbeiten, sie in unser Land zu integrieren. Das ist nicht einfach, aber nicht zu ändern.“

Johann Saathoff, MdB

Wir waren uns darüber einig, dass wir eine sachlich geführte gesamtgesellschaftliche Debatte bräuchten. Die Forderung der SPD nach einem Einwanderungsgesetz sei aktueller denn je. Die Politik müsse rechtliche Rahmenbedingungen schaffen,

wer für was zuständig ist in diesem Land. Aber auch Rechte und Pflichten für die Einwanderer bzw. Flüchtlinge müssen endlich gesetzlich festgelegt werden. Wichtig ist es, dabei die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Man muss immer auch die jetzt schon hier lebenden Menschen berücksichtigen. Sie dürfen nicht das Gefühl haben, der Staat sei für sie nicht mehr da. Allerdings hilft es niemandem weiter, das Problem einfach zu ignorieren oder mit Lösungsvorschlägen in Richtung Grenzschießungen um die Ecke zu kommen.



Florian Eiben (Geschäftsführer Sozialstation), Friedhelm Merkentrup (stellv. AWO Bezirksvorsitzender) und Johann Saathoff (MdB) (v.l.)

Zu Gast auf den Nordseewerken



Patrick Hennings-Huep von der NES, Johann Saathoff, MdB, und Wolfgang Modla auf dem Gelände der Nordseewerke (v.l.)

Mit Patrick Hennings-Huep (Geschäftsführer der Nordseewerke Emden Shipyard GmbH) habe ich mich zu einem Gespräch über die Zukunft der Emdener Nordseewerke getroffen.

Nachdem die Nordseewerke unter DSD Steel Ende Mai vergangenen Jahres Insolvenz anmelden mussten, übernahm der Investor, die Seafort Advisors aus Hamburg, die Werft und gründete die Nordseewerke Emden Shipyard GmbH.

Nur ein kleiner Teil der Mitarbeiter konnte damals übernommen werden, viele mussten in eine Transfergesellschaft wechseln. Vor dem Gespräch mit der Geschäftsleitung hatte ich mit Teilen des ehemaligen Betriebsrates gesprochen, um auch hier den aktuellen Stand der Dinge zu erfahren. Insbesondere auf die auslaufende Frist bei der Transfergesellschaft besteht akuter Handlungsbedarf.

Auch mir wäre es lieber gewesen, wenn alle Mitarbeiter Anfang September nach dem Abschluss der Verhandlungen sofort durch neue Aufträge wieder in Arbeit gekommen wären.

Nach dem Besuch und dem Gespräch mit der

Geschäftsleitung habe ich festgestellt, dass die Werft eine echte Perspektive hat. Im Gespräch mit der Geschäftsleitung ist deutlich geworden, dass hier auf vielen Ebenen versucht wird, neue Wege zu gehen, um neue Aufgaben an Land zu ziehen. Es sind verschiedene Projekte auf dem Weg gebracht worden, die bislang aber noch nicht spruchreif sind.

Ich habe angeboten, in meiner Funktion als zuständiger Berichterstatter für die Maritime Wirtschaft und als energiepolitischer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion für Gespräche oder Hilfestellungen jederzeit zur Verfügung zu stehen.

Mein Fazit nach dem Besuch der Nordseewerke: Gemeinsam haben wir das Ziel, die Nordseewerke wieder als wichtigen Arbeitgeber in Emden zu etablieren. Da hilft es, wenn Wirtschaft und Politik sich eng abstimmen, Perspektiven abstecken und neue Trends sowohl im politischen, als auch im wirtschaftlichen Raum besprochen werden. Mit dem gerade beschlossenen nationalen Hafenkonzept ist Emden mit seinem Hafen wieder auf der bundespolitischen Agenda zurückgekehrt. Nun gilt es die Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Werder Bremen im Bundestag



Dr. Hubertus Hess-Grunewald, der Präsident von Werder Bremen, war zu Gast im Deutschen Bundestag.

In meiner Funktion als Vorsitzender des Fanclubs „Bundestag Grün-Weiß“ hatte ich zu einem grün-weißen Abend im Deutschen Bundestag geladen. Hess-Grunewald berichtete den Mitgliedern des Bundestags-Fanclubs vom sogenannten „Werder Weg“ und beleuchtete dabei die Geschichte und die aktuelle Situation des Vereins. Die Abgeordneten zeigten sich beeindruckt vom sozialen Engagement von Werder Bremen und der leidenschaftlichen Präsentation des Präsidenten. Wer bisher nicht wusste, warum er Werderfan ist, weiß es spätestens jetzt!

Dr. Hubertus Hess-Grunewald (l.) und Johann Saathoff



Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann

SONDERBEILAGE Asylpaket II

zum Newsletter 01/2016 von Johann Saathoff, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

endlich konnte in der vergangenen Woche zwischen unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU Horst Seehofer als Vertreter der Regierungskoalitionen eine Einigung beim Asylpaket II erzielt werden. Dem voraus hatte ein unionsinterner Streit dieses Projekt wochenlang blockiert. Der Gesetzentwurf wurde am 3. Februar vom Kabinett beschlossen.

Ziel ist es, dass die Asylverfahren in Deutschland gesteuert, geordnet und vor allem weiter beschleunigt werden. Der nun zwischen den Koalitionspartnern erreichte Kompromiss sieht unter anderem folgendes vor:

- **Einführung beschleunigter Asylverfahren für bestimmte Gruppen von Asylbewerbern (aus sicheren Herkunftsländern, mit Folgeanträgen und ohne Mitwirkungsbereitschaft) mit kurzen Fristen:**

Das BAMF entscheidet innerhalb von einer Woche über den Asylantrag, Rechtsbehelfsverfahren werden in zwei Wochen abgeschlossen. Dazu gehören Anträge von Menschen aus Staaten, die als "sicher" definiert wurden sowie Flüchtlinge mit Wiedereinreiseperrern oder Folgeanträgen. Aber auch Asylsuchende, die keine Bereitschaft zur Mitwirkung zeigen, falsche Angaben zu ihrer Identität gemacht oder Dokumente mutwillig vernichtet haben, sollen darunter fallen.

- **Einrichtung besonderer Aufnahmeeinrichtungen zur Durchführung der beschleunigten Verfahren:**

Kern des Pakets sind spezielle Zentren, von denen bundesweit drei bis fünf entstehen sollen. Bisher wurden zwei Standorte in Bayern festgelegt. In diesen Zentren sollen bestimmte Gruppen von Asylbewerbern Schnellverfahren durchlaufen (s.o.). Die Gründung der Zentren hat das Ziel, abgelehnte Antragsteller zügig wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Die Aufnahmeeinrichtungen sind ein Kompromiss mit der CSU, die grenznahe Transitzone für alle Flüchtlinge wollte.

- **Verknüpfung des Bezugs von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit der Registrierung und Verteilung der Asylsuchenden:**

Asylsuchende erhalten die vollen Leistungen regelmäßig erst nach Registrierung, Verteilung und Ausstellung des neuen Ankunftsnachweises in der ihnen zugewiesenen Aufnahmeeinrichtung.

- **Polizeiliche Führungszeugnisse:**

Die Regelungen für Beschäftigte in Flüchtlingsunterkünften werden strenger gefasst. Beschäftigte und regelmäßig ehrenamtlich tätige Personen, die in Kontakt zu Minderjährigen stehen, dürfen nicht durch Gewalt- und Sexualdelikte aufgefallen sein. Es wird eine Pflicht zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses eingeführt.

- **Aussetzung des Familiennachzugs:**

Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt. Nach Ablauf der zwei Jahre tritt die Rechtslage, die seit dem 1. August 2015 derzeit gilt, automatisch wieder in Kraft.

- **Beteiligung an den Kosten für Sprach- und Integrationskurse:**

Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Sozialgesetzbuch sollen in Zukunft einen Beitrag in Höhe von 10 € pro Monat für die öffentlichen Sprach- und Integrationsleistungen erbringen, unabhängig von einer Teilnahme. Die SPD hat hier eine Regelung durchgesetzt, die integrationspolitische Fehlanreize vermeidet.

- **Medizinische Abschiebehindernisse:**

Generell sollen Abschiebungen erleichtert werden. In Zukunft sollen nur noch schwere Krankheiten (z.B. bei drohender Lebensgefahr) eine Abschiebung verhindern. Verschärft werden auch die Regeln für das Einreichen von Attesten. Werden diese nicht fristgerecht eingereicht, finden sie keine Berücksichtigung.

- **Andere Abschiebehindernisse:**

Der Bund wird seine Unterstützung bei der Beschaffung der nötigen Papiere für Personen, die Deutschland wieder verlassen müssen, intensivieren.

Darüber hinaus sollen in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Ferner wurden Regelungen für mehr Rechtssicherheit und Verfahrensvereinfachungen für auszubildende Flüchtlinge und auszubildende Betriebe vereinbart.

Bei der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Kanzlerin haben Bund und Länder die Erarbeitung eines abgestimmten Integrationskonzeptes für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive beschlossen.

Die Eckpunkte hierzu soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bis Ende Februar 2016 vorlegen, ein Konzept soll bis Ende März 2016 ausgearbeitet werden.